

Info Brief 8/2010

An alle Mitglieder der Berliner Landesgruppe

September 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Schuljahr hat hoffentlich gut – besser als es die Berichte in den Medien der letzten Wochen vermuten lassen – für Sie und Ihre Schüler und Schülerinnen angefangen! Kurzum: Ich hoffe, Sie gehören zu den Glücklichen, die das Schuljahr mit einer Personalausstattung von 100 % beginnen konnten!

Soweit uns bekannt, fehlen aber in zu vielen Schulen noch immer fertig ausgebildete unbefristet angestellte Lehrer und Lehrerinnen. Der ersten Not konnte nur mit Vertretungskräften – in der Regel ohne 2. Staatsexamen – begegnet werden. Die offiziellen Verkündigungen in der Berliner Presse, dass angeblich genügend Lehrer/innen in Berlin eingestellt seien oder Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern die bessere Ausstattung habe, helfen den Schulen, denen das Personal fehlt, auch nicht weiter. Es ist nicht mehr frei von Sarkasmus, wenn von „einer auskömmlichen Unterrichtsversorgung“ die Rede ist oder gar von einer „Punktlandung“ hinsichtlich der Lehrerversorgung gesprochen wird.

Das leidvolle Thema der quantitativen und qualitativen Personalausstattung ist auch Thema in der Elternschaft. „Die Eltern wollen den zunehmenden Unterrichtsausfall, den inadäquaten Vertretungsunterricht und die dadurch fehlende Kontinuität nicht mehr länger erdulden und hinnehmen.“ (Günter Peiritsch, Vorsitzender des Landeselternausschuss in der BLZ, Zeitschrift der GEW, Sept. 2010). Hoffen wir, dass ihre Beschwerden über die Zustände in den Schulen mehr Gehör finden.

Der Grundschulverband definiert eine auskömmliche Personalversorgung – eben ausreichend pädagogisches Personal vor Ort – immer auch inklusive einer auskömmlichen Vertretungsreserve! Nur bei einer Grundversorgung von 105% Personal an jeder Schule können kurzzeitig abwesende Lehrer/innen – dies gilt vergleichbar für die Erzieher/innen – ohne Qualitätseinbußen ersetzt werden. Darüber hinaus bedarf es außerdem noch der Mittel der „Personalkostenbudgetierung“ für die vielen langfristig fehlenden Lehrer/innen.

Das diesjährige VERA Ergebnis führt uns wieder vor Augen, wie weit entfernt wir von einer leistungsfähigen Schule für arme und benachteiligte Kinder sind. Die „Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (2009) verlangt aber von allen Beteiligten – eben nicht nur den Lehrer/innen in den Schulen – verstärkte Bemühungen für ein leistungsfähiges, inklusives Schulsystem. Die Arbeitskraft der Lehrer/innen und Schulleiter/innen darf nicht mit Reinigungsarbeiten, Verwaltungstätigkeiten, der ständigen Einarbeitung von nur auf Zeit eingestellten Vertretungskräften, zeitaufwändigen Wartungs- und Pflegearbeiten von Computern etc. belastet werden!

Gerade für Schulen in den sozialen Brennpunkten - für Schulen, die es ernst meinen, wenn es darum geht, allen Kindern gerecht werden zu wollen - sind Wochen und Monate der personellen Unterversorgung unzumutbar. Unsere Schulen werden dann nur noch verwaltet statt gestaltet. Die pädagogische und unterrichtliche Arbeit leidet nachhaltig, Überforderung, Demotivation und Rückzug der Mitarbeiter/innen sind die sichtbaren Folgen.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Grundschule zu einer inklusiven, leistungsstarken Schule, muss jede Schule auch so ausgestattet sein, dass sie allen Kindern gerecht werden kann! Außer der verlässlichen und rechtzeitigen Ausstattung mit qualifizierten Lehrer/innen benötigen Grundschulen auch sozialpädagogisches Fachpersonal und technisches Personal, das dem Kollegium unterstützend zur Verfügung steht.

Grundschulen brauchen,

- **den konsequenten Aufbau von Schulstationen in den Sozialen Brennpunkten**
Für Kinder mit auffälligen Störungen in der emotional-sozialen Entwicklung fehlen an vielen Grundschulen ausgebildete Sozialpädagog/innen. Krisenhilfe und Möglichkeiten der flexiblen Intervention müssen in den Ganztags schulbetrieb fest verankert und integriert werden.
- **Schulassistenz anstelle von Schulhelfern als Unterstützungssystem für Kinder mit starken Behinderungen**
Geistig und schwermehrfach behinderte Kinder, aber auch Kinder mit gravierenden Störungen der emotional-sozialen Entwicklung, benötigen eine unterrichtsbezogene Assistenz, die nur von Personen mit hoher Professionalität - vergleichbar mit den Pädagogischen Unterrichtshilfen in Berlin - geleistet werden kann. Die Schulhelfer sind entsprechend weiter zu qualifizieren und ihre Aufgabenbeschreibung (und ihre Bezahlung!) ist den tatsächlichen schulischen Erfordernissen anzupassen. Die AV über die Aufgaben der Pädagogischen Unterrichtshilfen vom 6. Febr. 2006 sollte wieder Grundlage von Schulassistenz an den Regelschulen sein.
- **technischen Support vor Ort**
In allen Berliner Grundschulen fehlt es an technischem Personal für die Wartung und Pflege von Computern und White Boards sowie zur Unterstützung bei der Unterrichtsvorbereitung und Verwaltungsaufgaben.

Wir haben uns mit unseren Vorstellungen an die Senatsverwaltung für Bildung gewandt und hoffen, damit zu einer Verbesserung der Lern- und Arbeitssituation aller Beteiligten Erwachsenen und Kinder an den Grundschulen beitragen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Hirschmann

Vorsitzende des Grundschulverbandes, Landesgruppe Berlin